

# Beirat für Menschen mit Behinderungen Jahresbericht 2011



**BMB**



**Karlsruhe**  
viel vor. viel dahinter.

## **Impressum**

Herausgeber	Beirat für Menschen mit Behinderungen der Stadt Karlsruhe
Bearbeitung	Stefanie Ritzmann, Vorsitzende des Beirats Manfred Weber, Stellvertreter Gabriele Becker, Stellvertreterin  unter Mitwirkung weiterer Mitglieder des Beirats sowie der Behindertenkoordinatorin der Stadt Karlsruhe Martina Warth-Loos
Layout/Titel	Cindy Streeck, SJB-ÖA
Druck	Rathausdruckerei

## Inhaltsverzeichnis

<b>Teil 1</b>	<b>Der Beirat für Menschen mit Behinderungen</b>	Seite 4-8
	Arbeitsweise im Berichtsjahr 2011	Seite 4-6
	Beteiligung des Beirats in den städtischen Ausschüssen	Seite 6-8
<b>Teil 2</b>	<b>Tätigkeitsbericht 2011</b>	Seite 9-16
	Themenschwerpunkte des Jahres	Seite 9-16
<b>Teil 3</b>	<b>Arbeitsgruppen</b>	Seite 17-20
<b>Teil 4</b>	<b>Einschätzungen der Erfolge und Hemmnisse</b>	
	<b>Zusammenfassender Ausblick</b>	Seite 21
<b>Teil 5</b>	<b>Anlagen</b>	Seite 22
	Pressespiegel 2011	
	Aktualisierte Mitgliederliste	

## Teil 1      Der Beirat für Menschen mit Behinderungen

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen hat im Jahr 2011 aktiv die Kontakte zur Verwaltung, zu den Bürgermeistern und wichtigen Kooperationspartnerinnen und -partnern gepflegt. Die Delegierten waren in den Ausschüssen bei wichtigen Themen dabei und konnten ergänzende Anregungen einbringen.

### Arbeitsweise im Berichtsjahr 2011

#### Zahl der Sitzungen

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen traf sich im Berichtsjahr 2011 in vier Sitzungen mit dem gesamten Gremium. Die einzelnen Arbeitsgruppen trafen sich mehrfach zwischen den Sitzungen.

#### Gespräch mit dem Sozialbürgermeister

##### Halbjahresgespräch mit Herrn Bürgermeister Dr. Lenz

Der Vorstand traf sich mit Herrn Bürgermeister Dr. Lenz zu einem gemeinsamen Halbjahresgespräch. Es war ein intensives und lockeres Gespräch. Themen wie z. B.: Inklusion Schule – Resolution an SSA, Darstellungsmöglichkeit der Arbeit des Beirats, wenn der Bericht nicht mehr im Gemeinderat vorgestellt wird, Hauptbahnhof – Leitlinien für Blinde, Stellen für Eingliederungshilfe, Barrierefreie Toiletten, Haushaltsplan und Bäderkonzept wurden angesprochen. Es wurde vereinbart, das bisherige System der halbjährlichen Kontaktgespräche fortzusetzen.

#### Gespräche mit den Fraktionen

Im Jahr 2011 hat der Vorstand mit den Fraktionen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN Gespräche über folgende Themen geführt:

- Öffentliche Behindertentoiletten in Karlsruhe
- Inklusion in Schulen
- Stellen beim Fachbereich Eingliederungshilfe
- Jahresbericht
- Doppelhaushalt
- Barrierefreie Geschäfte

Bei allen Fraktionen war eine große Unterstützung der Anliegen des Beirats erkennbar. An dieser Stelle bedankt sich der Beirat für Menschen mit Behinderungen bei allen Fraktionen für die gute und konstruktive Zusammenarbeit und für ihre Unterstützung.

## **Zusammenarbeit Stadtseniorenrat, Forum Ehrenamt und Fahrgastbeirat**

### Stadtseniorenrat

Herr Weber, stellvertretender Vorsitzender des Beirats, nimmt unser Gastmandat im Stadtseniorenrat wahr.

Auch im Jahr 2011 waren alle Bürgermeister und die Erste Bürgermeisterin bei mindestens einer Sitzung des Stadtseniorenrats anwesend. Auch in diesem Jahr wurden behindertenrelevante Fragen angesprochen.

Der Stadtseniorenrat vergibt bekannterweise an Karlsruher Handels- und Dienstleistungs-Betriebe das Zertifikat „Seniorenfreundlicher Service“. In einigen Fällen sind die hiermit ausgezeichneten Betriebe leider nicht barrierefrei zugänglich. Darauf hatte der Behindertenbeirat in einem Schreiben den Stadtseniorenrat hingewiesen. Dieser teilte uns mit, dass die Frage des barrierefreien Zugangs zu den abgefragten Kriterien gehört, es allerdings andere Kriterien gibt, die für den seniorenfreundlichen Service dominierender sind, z. B. Beratung. Der Vergabeausschuss des Stadtseniorenrats möchte bei seiner bisherigen Praxis bleiben, was von uns bedauert wird.

### Forum Ehrenamt

Frau Becker, stellvertretende Vorsitzende des Beirats, vertritt diesen auch im Forum Ehrenamt. Das Gremium tagte erstmals in neu besetzter Form am 6. April 2011 unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jäger im Haus Solms. Das Forum Ehrenamt will sich auf politischer Ebene für den Abbau bürokratischer Hürden einsetzen. Denn diese erschwerten zunehmend die tägliche Arbeit der Vereine. Ein zu kompliziertes Steuersystem schreckt viele Menschen ab, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Bei der Beseitigung dieser Hemmnisse ist jedoch in erster Linie die Politik gefragt, deshalb will das Gremium demnächst an einem Runden Tisch das Gespräch mit Elvira Menzer-Haasis suchen, die Leiterin des Landesbüros Ehrenamt in Stuttgart ist.

Das „Forum Ehrenamt“ ist ein Gremium von Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Sparten des bürgerschaftlichen Engagements. Es berät den Gemeinderat bei bestehenden Fragen über die Möglichkeiten, wie das ehrenamtliche Engagement in Karlsruhe unterstützt und gefördert werden kann. Zum ersten Mal dabei waren auch Vertreterinnen und Vertreter der Sparten Gartenfreunde, Fördervereine und Stiftungen sowie engagierter Unternehmen. Somit gehören dem Forum nun 38 Bürgerinnen und Bürger aus 19 Sparten an. Große Zweifel äußerten viele Mitglieder des Gremiums, ob der nach dem Wegfall von Wehrpflicht und Zivildienst ins Leben gerufene Freiwilligendienst ein Erfolgsmodell werden könne. Kontrovers diskutiert wurde darüber, wie man ehrenamtliches Engagement stärker würdigen könne. Dabei erteilte das Plenum einem mit Geld dotierten Ehrenamtspreis eine Absage. Vielmehr sei es notwendig, ehrenamtliches Engagement stärker im öffentlichen Bewusstsein zu positionieren und dessen Vorbildcharakter herauszustreichen. Um Ehrenamtliche bei ihrem Engagement weiter zu unterstützen, bietet das städtische Aktivbüro auch in diesem Jahr über 20 Fortbildungsveranstaltungen an.

Auch der Beirat für Menschen mit Behinderungen, der von Frau Becker vertreten wird, hatte die Möglichkeit, über die Strukturen, die Arbeitsweise und über die Schwerpunktthemen zu berichten.

### Fahrgastbeirat

Manfred Pirk vertritt die Interessen des Behindertenbeirats im Fahrgastbeirat der Verkehrsbetriebe. Er berichtete dem Beirat über die nachfolgenden Veränderungen:

#### Verlegung und Neubau der Haltestelle Gottesauer Platz

Im Zuge der Kombilösung musste die bisherige Haltestelle Gottesauer Platz zurückgebaut werden, da an dieser Stelle die künftige Rampe in den Tunnel beginnt. Die Haltestelle wurde nach Osten in Richtung BGV/Badische Versicherungen verlegt. Hier haben die VBK eine erste neue barrierefreie Haltestelle im Stadtgebiet Karlsruhe eingerichtet, die sowohl für Niederflurstraßenbahnen und Mittelflur-, Zweisystemstadtbahnen benutzt werden könne. Der barrierefreie Zustieg in den Stadtbahnen ist immer nur an den ersten beiden Türen gegeben. Hierzu wurde im vorderen Bereich des 85 Meter langen und 34 Zentimeter hohen Bahnsteigs, ein etwa zehn Meter langer und 55 Zentimeter hoher Bahnsteig einschließlich Rampen gebaut.

#### Neue barrierefreie Haltestelle in der Tullastraße

Die Tullastraße wurde in der Straßenmitte zweigleisig ausgebaut, sowie auch neu gestaltet. Nach dem Umbau haben die VBK hier eine neue barrierefreie Haltestelle erstellt. Diese befindet sich in einem neuen 200 Meter langen Rasengleis, ist 75 Meter lang, 34 cm hoch und barrierefrei gestaltet.

#### Haltestelle Europaplatz

An den beiden barrierefreien Haltepunkten der neuen Haltestelle Europaplatz hat der Beirat schon mehrfach auf fehlende Markierungen hingewiesen, sowie ein fehlendes Geländer an der Haltestelle Richtung Marktplatz angemahnt. Es gab hier sehr lange Verzögerungen, bis eine Reaktion seitens der VBK erfolgte. Im November wurden dann die notwendigen Maßnahmen in die Wege geleitet. Nur das Geländer muss angefertigt werden und wird nachgeliefert.

## **Beteiligung des Beirats in den städtischen Ausschüssen**

### **Planungsausschuss**

#### Mehrfachbeauftragung „Wohnen am Lindenplatz“

Die bestehenden Bebauungen Lindenplatz 8 und 9 aus den 50iger Jahren sollen abgerissen und durch eine Blockrandbebauung ersetzt werden. Sieger einer Mehrfachbeauftragung der VOLKSWOHNUNG ist das Büro Fabrinsky aus Karlsruhe.

Bei der Vorstellung der Grundrisse wurde auf Nachfrage nicht eindeutig die Barrierefreiheit von einigen Wohnungen bestätigt, vermutlich sind sie, wie in der Landesbauordnung vorgeschrieben, nur barrierefrei erreichbar. Eine Einsicht in die genauen Grundrisse wurde zunächst verwehrt, es soll in Kürze ein neuer Anlauf genommen und dann berichtet werden.

Mehrfachbeauftragung „Neues Wohnen in Rintheim“

Auch hier versucht die VOLKSWOHNUNG eine Durchmischung der Mieterschaft hinsichtlich der Alters- und Sozialstruktur.

Inwieweit die zum Teil angebotenen barrierefreien Wohnungen dies auch wirklich sind, wird, wie auch bei dem Neubau am Lindenplatz, durch eine intensive Befragung und Planeinsicht direkt bei der VOLKSWOHNUNG geklärt werden müssen. Damit, wie auch allgemein mit barrierefreien Wohnungen in Karlsruhe, wird sich der Arbeitskreis „Barrierefreies Bauen und Wohnen“ in Kürze beschäftigen.

## **Sozialausschuss**

In der ersten Sitzung des Sozialausschusses fand die Beratung des Doppelhaushaltes 2011/2012 statt.

Frau Becker stellte in der zweiten Sitzung des Sozialausschusses, stellvertretend für Frau Ritzmann, den Jahresbericht des Beirates für Menschen mit Behinderungen vor. Sie äußerte sich zu einigen Schwerpunkten aus dem Bericht näher:

1. Öffentliche Behindertentoiletten – diese fehlen leider in hohem Maße in der Innenstadt. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt immer noch keine deutliche Verbindlichkeit bzgl. der Umsetzung zu erkennen. Auch fehlt die aus der letzten Sozialausschusssitzung vom Dezember 2010 bemängelte Zeitschiene, wann und wo mit der Umsetzung des Behindertentoilettenkonzepts begonnen wird.

2. Inklusion in Schulen – zu dieser Thematik hatte der Behindertenbeirat eine Resolution an das Staatliche Schulamt gesandt und erhielt leider keine Antwort.

3. Barrierefrei zugängliche Ladengeschäfte in der Karlsruher Innenstadt – hier ist es wünschenswert, noch mehr Geschäfte in der Innenstadt zur Auseinandersetzung mit der Thematik Barrierefreiheit und behinderte Menschen als Kunden zu gewinnen.

4. Bewilligte Stellen für die Eingliederungshilfe – dem Beirat war es hierbei wichtig, dass diese Stellen für die Hilfeplanung eingesetzt werden und bis Jahresende 2011 tatsächlich mit entsprechendem Fachpersonal besetzt werden.

Alle politischen Vertreterinnen und Vertreter sowie Herr Bürgermeister Dr. Lenz äußerten sich durchweg positiv zur Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen und bedankten sich für die gute Arbeit und konstruktive Zusammenarbeit.

In der dritten Sitzung des Sozialausschusses gab Frau Warth-Loos einen kurzen Abriss zum Nationalen Aktionsplan: „einfach machen“ - Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft der Bundesregierung zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Aus den vielfältigen Handlungsfeldern des Aktionsplanes werden sich für den Beirat für Menschen mit Behinderung durchaus weitere inhaltliche Arbeitspakete für das Jahr 2012 ergeben können.

## **Jugendhilfeausschuss**

Am 8. Juni 2011 fand die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Sozialausschusses statt. Für den Beirat waren folgende Tagesordnungspunkte von Bedeutung:

Der Ausbaubedarf der Hortplätze für das Jahr 2011. Die Stadt schafft in nahezu allen Stadtteilen 305 neue Hortplätze, davon 190 in städtischen Horten und 115 in Einrichtungen freier Träger. Herr Frisch vom Schul- und Sportamt verwies darauf, dass hierbei die behinderten Kinder, die inklusiv beschult werden, auch einen Hortplatz benötigen werden. Die Gemeinderäte verwiesen auf den Rechtsanspruch. Wie wird das Problem der Raumnot bewerkstelligt, woher kommen die Fachleute und welche Voraussetzungen sind notwendig? Es wird ein Forum mit Eltern stattfinden.

Es fand eine Befragung zum Betreuungsbedarf der Grundschüler der 1. Klasse für das Schuljahr 2011/2012 statt. Der Bedarf ist vorhanden. 21 % aller Befragten wünschen sich eine Ganztageschule. 40 % würden sich für einen Hortplatz entscheiden. Der Sozialamtsleiter, Herr Dietz, informierte über das Bildungs- und Teilhabepaket. 8.000 Bürgerinnen und Bürger erfüllen die Voraussetzungen, bisher liegen aber nur 200 Anträge vor.

Frau Dr. Zahradnik, die Leiterin des Kinderbüros, informierte über die Erweiterung des Jugendhilfeplanes Frühe Hilfen. Die niedrigschwelligen Angebote (z. B. Elterncafé) wurden sehr gut angenommen. Diese sind auch offen für Eltern mit behinderten Kindern. Bei Bedarf werden sie an die zuständigen Fachleute verwiesen.

Am 29. November 2011 fand die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses statt.

Für den Beirat war die Vorstellung des Konzeptes zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Karlsruhe von Bedeutung. Es beabsichtigt, die Partizipation möglichst umfassend, nachhaltig und verbindlich in den kommunalen Strukturen zu verankern. Wer sich näher für dieses Thema interessiert, kann sich unter [www.karlsruhe-beteiligt.de](http://www.karlsruhe-beteiligt.de) informieren. Unter der Leitung des Stadtjugendausschusses wurde eine Steuerungsgruppe geschaffen, der Vertreterinnen und Vertreter des Kinderbüros, der Schülermitverantwortung, des Jugendamtes, des Schul- und Sportamtes und des allgemeinen Sozialen Dienstes angehören. Leider sind behinderte Kinder und Jugendliche in diesen Prozess bisher nicht einbezogen. Auf Nachfrage wurde dies bestätigt. Der Beirat wird sich in Zukunft über den Sachstand informieren und sich für eine Gleichstellung einsetzen.

## **Teil 2      Tätigkeitsbericht 2011**

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen hat sich auch im Jahr 2011 mit einer Vielzahl an Themen beschäftigt und intensiv gearbeitet.

### **Themenschwerpunkte des Jahres**

#### **Barrierefreier Hauptbahnhof Karlsruhe**

Der barrierefreie Umbau des Hauptbahnhofs Karlsruhe war auch im Jahre 2011 eines der wichtigsten Ziele des Behindertenbeirats. Im Mittelpunkt steht dabei der barrierefreie Zugang zu den Bahnsteigen 101-102, 11-12 und 13-14. Dazu werden Mittel aus dem Konjunkturprogramm des Bundes in Höhe von rund 1,8 Millionen Euro eingesetzt. Nach Mitteilung der Deutschen Bahn AG war ursprünglich geplant die Arbeiten bis Herbst 2011 abzuschließen. Dieser Zeitplan konnte nicht ganz eingehalten werden. Die technische Fertigstellung der Aufzüge sollte zuletzt im Dezember 2011 erfolgt sein. Die Inbetriebnahmegenehmigung wird voraussichtlich im Februar 2012 erfolgen. Im November 2011 erhielten wir die Mitteilung, dass derzeit überlegt wird an der Nordseite des Bahnhofs die ganze rechte Tür barrierefrei umzugestalten. Neben dem Bau der Fahrstühle wird diese Maßnahme als Anliegen von uns schon seit längerer Zeit verfolgt. Käme es dazu, wären im Hauptbahnhof sämtliche Bahnsteige von beiden Ein- und Ausgängen her barrierefrei erreichbar.

Für einen barrierefreien Hauptbahnhof setzt sich der Behindertenbeirat seit dem Jahre 2006 ein. Wir hatten dabei die Unterstützung der Kommunalpolitik und der Landtagsabgeordneten aus Karlsruhe. Nach Abschluss der erwähnten Maßnahmen wäre der Hauptbahnhof Karlsruhe ein ganzes Stück mehr barrierefrei. Zwischenzeitlich konnten auch auf unseren Antrag hin die Leitlinien für Sehbehinderte im Eingang Süd richtig platziert werden. Sie führten vorher direkt an die Scheibe des Eingangs. Nach dem Umbau erreichen Sehgeschädigte direkt die Eingangstür.

Für das Reisezentrum im Hauptbahnhof stehen barrierefreie Maßnahmen an, mit deren Planungen 2011 begonnen werden sollte. Es handelt sich hierbei um ein barrierefreies Aufrufsystem, welches von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen genutzt werden kann. An einer speziellen Stelle sind für die unterschiedlichen Behinderungsgruppen ergänzende Informationen abrufbar, z. B. auch in Brailleschrift und Prismenschrift, und es gibt spezielle Anforderungstaster für blinde und sehbehinderte Menschen einerseits und für hörgeschädigte und körperbehinderte Menschen andererseits. Ergänzung eines Akustikmodells für Blinde und Sehbehinderte, höhenverstellbarer Schalter für Kleinwüchsige und Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer und eine induktive Höranlage für Hörgeräteträger sind ebenfalls vorgesehen. Dieses barrierefreie Aufrufsystem ist für 32 Bahnhöfe, darunter auch Karlsruhe, vorgesehen. Wir stehen in Kontakt mit der Leiterin des Reisezentrums und werden die Installation der Stelle und des Schalters mit verfolgen.

Dem Beirat wurden unterschiedliche Informationen zugetragen, wann der Bahnhofsvorplatz umgebaut werden sollte. Hierzu schrieb der Vorstand des Beirats einen Brief an den Oberbürgermeister mit der Bitte um Klarstellung, und dem Wunsch, auf jeden Fall eine vorübergehende Lösung am Bahnhofsvorplatz zu erhalten.

### **Barrierefreie öffentliche Gebäude – Sachstand Ende 2011**

Auf Vorschlag des Behindertenbeirats hat der Gemeinderat nach Vorberatung im Sozialausschuss in seiner Sitzung am 27. April 2010 eine Vorlage zum barrierefreien Ausbau weiterer öffentlicher Gebäude verabschiedet und die Stadtverwaltung aufgefordert, die entsprechenden Vorarbeiten, z. B. Kostenkontrolle, vorzunehmen, um die Entscheidungen im Rahmen des Doppelhaushalt 2011/2012 vorzunehmen. Aus dieser Vorlage sind der Jugendtreff Neureut, das Jugendheim West, der Jugendtreff Südstadt und das Verwaltungsgebäude des Personalamts in der Zähringerstraße barrierefrei umgerüstet. Im Begegnungszentrum Wolfartsweier ist der Einbau einer Behindertentoilette für 2012 vorgesehen. Die weiteren barrierefreien Maßnahmen für das Begegnungszentrum sind erst im Rahmen des nächsten Doppelhaushalts vorgesehen. Der Behindertenbeirat bedauert dies.

Im Verwaltungsgebäude der Sozial- und Jugendbehörde in der Kochstraße wurde durch den Einbau eines neuen Aufzugs und eines Behinderten-WCs die Barrierefreiheit wesentlich verbessert. In der Lustgartenhalle Hohenwettersbach wurde ein Behinderten-WC eingebaut.

Bei den Schulen erhielten in 2011 die Europäische Schule und das Otto-Hahn-Gymnasium ein Behinderten-WC. Durch den 2011 eröffneten Erweiterungsbau am Fichtegymnasium konnte eine barrierefreie Erweiterung des Altbaus erzielt werden. Die Stadt prüft derzeit, ob am Otto-Hahn-Gymnasium bei der vorgesehenen Erweiterung im naturwissenschaftlichen Bereich im mehrgeschossigen Klassentrakt ein Aufzug eingebaut wird.

Der barrierefreie Umbau des Haus Solms ist jetzt für die ersten Monate des Jahres 2012 vorgesehen.

In der Gemeinderatsvorlage vom 27. April 2010 waren auch einige Bäder aufgelistet, bei denen barrierefreie Umrüstungen anstehen. Hiermit ist im Zeitrahmen des derzeitigen Doppelhaushalts jedoch nicht zu rechnen. Solche Maßnahmen plant die Stadt erst ab dem Jahr 2014, beginnend mit barrierefreien Umkleiden im Weiherhofbad.

Zwei erfreuliche barrierefreie Maßnahmen, die der Behindertenbeirat beantragt hatte, möchten wir jedoch besonders hervorheben.

Im September 2011 wurde der Behindertenaufzug im Rathaus Neureut seiner Bestimmung übergeben. Ortsvorsteher Jürgen Stober durchschritt gemeinsam mit der Vorsitzenden des Behindertenbeirats Frau Ritzmann, in Anwesenheit weiterer Mitglieder des Beirats sowie mehrerer Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte und Vertreterinnen und Vertreter der beteiligten Fachämter, ein rot-gelbes Band und unternahm mit ihr die erste Fahrt im Aufzug.

Im November 2011 wurde im Rathaus-West das erste Leit- und Orientierungssystem für Sehbehinderte seiner Bestimmung übergeben. Unser Vorstandsmitglied Frau Becker erläuterte dabei der Presse in Anwesenheit der Amtsleiter Frau Sick und Herr Seekircher ausführlich, welche Hilfe dieses System für die blinden und sehgeschädigten Behinderten bietet.

Das Rathaus-West ist jetzt durch den Fahrstuhl, die Behinderten-WCs und das Leit- und Orientierungssystem das erste komplett barrierefreie Gebäude der Stadt.

Wir streben die Anbringung dieses Orientierungssystem in weiteren publikumsstarken öffentlichen Ämtern an.

### **Besuch von Herrn Oberbürgermeister Fenrich**

In unserer Sitzung am 15. Juni 2011 hatten wir erstmals Herrn Oberbürgermeister Fenrich zu Gast. Die Sitzung fand in Anwesenheit der Presse statt.

In seiner Begrüßung stellte der Oberbürgermeister fest, dass der Behindertenbeirat es wie kein anderes Gremium vorher geschafft hat, sich Gehör und Stimme zu verschaffen. Der Behindertenbeirat sei sowohl der Verwaltung als auch ihm als Oberbürgermeister und den Gemeinderatsfraktionen ein engagierter und kritischer Begleiter.

Als erstes sprach er die UN-Behindertenrechtskonvention an, die den Beirat vor allem im Hinblick auf die Schritte, die in Karlsruhe noch erforderlich sind, intensiv umtreibt. Er sprach den Doppelhaushalt 2011/2012, die notwendigen Investitionen, den ÖPNV (auch mit Blick auf die Barrierefreiheit) und den Masterplan 2015 und den Stadtgeburtstag an. Dem Gemeinderat und der Verwaltung sei die Arbeit des Behindertenbeirats wichtig und er bat darum, in diesem Engagement nicht nachzulassen.

Diesem Vortrag des Oberbürgermeisters schloss sich eine intensive Diskussion an. Dabei wurden von den Mitgliedern des Beirats u. a. die Themen barrierefreier Bahnhofsvorplatz, Barrierefreiheit im Einzelhandel, Kosten der Eingliederungshilfe, Inklusion und Integration in Schulen und Kitas, Behindertentoiletten, Kurzzeitpflegeplätze, Wohnraum für Behinderte und Begleitservice für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer angesprochen. Nach dieser Diskussion sagte Oberbürgermeister Fenrich die Unterstützung unserer Arbeit auch für die Zukunft zu.

### **Planungsstellen für die Eingliederungshilfe**

Die Einrichtung von zwei neuen Stellen für die Eingliederungshilfe beschäftigte den Beirat erneut in diesem Jahr. Wie im Jahresbericht 2010 vermerkt und bei Vorstellung des Berichtes im Sozialausschuss nochmals betont, war es für den Beirat wichtig, dass diese Stellen auch für die Hilfeplanung eingesetzt werden. Ziel war es zu erreichen, dass diese Stellen bis Jahresende 2011 tatsächlich mit entsprechendem Fachpersonal besetzt werden. Auf Nachfrage stellte sich heraus, dass die im Haushaltsplan beantragten und genehmigten Stellen eingerichtet wurden. Allerdings gab es hier letztendlich nur eine Verschiebung von Verwaltungsstellen, da aus bereits vorhandenen überplanmäßigen Stellen planmäßige Stellen wurden und die notwendige qualitative Verbesserung in Bezug auf die Beratung in der Hilfe somit nicht erreicht wurde. Dies wurde vom Behindertenbeirat sehr kritisiert.

## **Begehung im zoologischen Stadtgarten**

Im Juli 2011 fand auf Einladung der Zoofreunde Karlsruhe e. V. eine Zoobegehung statt, an der seitens des Beirats für Menschen mit Behinderungen der Vorstand teilnahm. Die Vorsitzende der Zoofreunde, Frau Fischer, übernahm die Führung.

Bei der Begehung im zoologischen Stadtgarten wurde festgestellt, dass für die Gehbehinderten die Zugänge zu den Gehegen bis auf die Gehege am Lauterberg alle gut zugänglich, aber teilweise leider zu steil sind. Die Türen zu den Tierhäusern sind für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer nur mit fremder Hilfe zu öffnen. Die Behindertentoiletten sind gut erreichbar, allerdings fehlt ein Notruf und bei den Toilettenanlagen wäre es zur Orientierung wünschenswert, dass direkt an den Türen ein taktiles „D“ oder „H“ angebracht würde. Für sehbehinderte und blinde Menschen fehlt eine Beschilderung im Zoobereich gänzlich. Für diese Zielgruppe wurden verschiedene Wünsche und Vorschläge formuliert, beispielsweise wäre der Tiername in Großdruck (klare Schriftart und Kontrastgebung, wie z. B. dunkler Hintergrund und weiße Schrift) und für Blinde die Pyramidenschrift eine wünschenswerte Ergänzung. Bei Treppen (z. B. Eisbärengehege) sollte die erste und letzte Stufe mit Kontraststreifen markiert werden, damit der Sehbehinderte insbesondere beim Treppenabgang die Stufen besser wahrnehmen kann. Im Stadtgarten ist der speziell für Sehbehinderte und Blinde eingerichtete Duft- und Kräutergarten nur teilweise zugänglich, da der Weg zum großen Teil durch Bänke verstellt ist. Hinzu kommt, dass die in Blindenschrift gestalteten Hinweisschilder zugewachsen sind. Der Duft- und Kräutergarten sollte aus Sicht der Blindenvertreter im Beirat neu konzipiert werden. Eine Tafel könnte als Legende aufgestellt und die Blindenschrift in Vollschrift als Erläuterung dargestellt werden. Die einzelnen Schilder direkt bei den Kräutern sollten gut auffindbar sein, also direkt vor den entsprechenden Kräutern und nicht zu niedrig angebracht werden, damit der Blinde sich nicht zu arg bücken muss. Auch sollten nur Kräuter gepflanzt werden, welche nicht giftig sind, da der Blinde diese mit den Händen betastet.

Die Vorsitzende der Zoofreunde in Karlsruhe hat am 22. Oktober 2011 einen Brief an Herrn Bürgermeister Obert vom Dezernat 6 gesandt mit der Bitte, die Ergebnisse der Zoobegehung in Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat an die entsprechenden Stellen wie Gartenbauamt und Zoologischer Stadtgarten weiterzuleiten. Wir sind gespannt, ob unsere Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt werden.

## **Orientierung im öffentlichen Raum für Menschen mit einer geistigen Behinderung**

In einer Sitzung des Beirats für Menschen mit Behinderung berichtete Herr Kurzenberger vom Landesverband der Lebenshilfe Baden-Württemberg von einem Projekt, welches er im Rahmen seiner Tätigkeit bei der Lebenshilfe mit Unterstützung des Bundeskompetenzzentrums Barrierefreiheit und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales durchgeführt hat. Es ging dabei darum, das Thema Barrierefreiheit speziell für Menschen mit kognitiven Einschränkungen näher zu betrachten.

Bisher gibt es für diesen Bereich keine klaren Vorgaben und es ist auch schwierig, da die Barrierefreiheit für diese Zielgruppe nicht in DIN-Normen gefasst werden kann. Das Projekt sollte Hinweise geben, wie Menschen mit geistiger Behinderung ohne Assistenz in fremder Umgebung zurechtkommen.

Das Projekt hatte gezeigt, dass behinderte Menschen unbedingt an der Entwicklung von einheitlicher Beschilderung im Öffentlichen Raum beteiligt werden müssen. Das Ziel des Beirats ist, konkrete Verbesserungen in der Stadt Karlsruhe sowie am Hauptbahnhof für Menschen mit geistiger Behinderung einzubringen und nicht abzuwarten, bis bundesweit irgendwann einmal etwas in diese Richtung entwickelt wird. Hierzu ist der Beirat auf die Mitwirkung von Experten angewiesen. In diesem Zusammenhang führte der Beirat ein Gespräch mit der Lebenshilfe, der HWK und dem Landesverband der Lebenshilfe Baden-Württemberg. Die Experten gaben wichtige Anregungen für die Entwicklung der Beschilderung für Menschen mit einer geistigen Behinderung. Dabei wäre eine Beschilderung, welche mit unterschiedlichen Sinnen wahrgenommen werden kann, ideal. Wichtig dabei sind die Farbe, die Form, die Größe und die Platzierung.

Einigkeit bestand darin, dass Besucherinnen und Besucher, die in Karlsruhe am Bahnhof ankommen, durch gut sichtbare Beschilderungen in jedem Fall zum Servicepoint, zum Fahrkartenverkauf, zu den Toiletten und zum Ausgang sowie am Bahnhofsvorplatz zur Stadtinformation geleitet werden. Bei der Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes soll mit berücksichtigt werden, dass der Bereich des ÖPNV auch mit einer Neubeschilderung bedacht wird. Hierbei könnte beispielsweise eine Pyramide an einem Schild angebracht werden, wodurch angezeigt wird, dass diese Straßenbahnen zum Marktplatz fahren.

Der Beirat versucht die Hochschule für Gestaltung im Rahmen eines Studienprogrammes zur Mitwirkung zu gewinnen. Die Studenten könnten dann in Kooperation mit dem Landesverband der Lebenshilfe e. V. Vorschläge erarbeiten, welche zu gegebener Zeit der Bahn AG vorgelegt werden sollen. Der Vorstand des Behindertenbeirates hat die Hochschule für Gestaltung angeschrieben. Es wird noch auf Rückmeldung gewartet. Sollte der Behindertenbeirat eine Absage von der Hochschule für Gestaltung erhalten, wird versucht, in einem kleinen Rahmen dieses Projekt auf die Beine zu stellen.

## **UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**

Der Beirat befasste sich in einer der Sitzungen 2011, ausführlich mit der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung und hatte hierzu Herrn Dr. Mück als Experten und Referenten eingeladen. Dieser berichtet, dass aus seiner Sicht die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen eines der wichtigsten Dokumente ist, die die UN bisher beschlossen hat. Allerdings ist es auch noch ein weiter Weg bis zur Umsetzung ins alltägliche Leben der betroffenen Menschen. Er betonte, dass es wichtig sei, dass die behinderten Menschen selbst aktiv werden und ihre Rechte einfordern. Jede Verzögerung der Umsetzung geht auf Kosten der Lebensqualität und Lebenszeit der Betroffenen. Deshalb ist es auch wichtig, gerade bei Kostenträgern eine Bewusstseinsveränderung herbeizuführen. Man muss sich bewusst darüber werden und dies auch nach außen deutlich machen, dass berechnete Bedarfe nicht verhandelbar sind und nicht immer neu hinterfragt werden müssen. Es geht darum, eine volle und wirksame Teilhabe zu ermöglichen. Dies muss von den Kostenträgern auch akzeptiert werden. Die UN-Konvention sagt, dass sofortige und wirksame Maßnahmen zur Umsetzung getroffen werden müssen, da ist aus seiner Sicht ein Nationaler Aktionsplan, in welchem die Bundesregierung sich zehn Jahre Zeit gibt auch fragwürdig. Herr Dr. Mück wies den Beirat darauf hin, dass das Forum behinderter Juristinnen und Juristen einen Gesetzesvorschlag zur Umsetzung der UN-Konvention vorgelegt hat, als Gesetz zur Sozialen Teilhabe. 15 wichtige Thesen können auf der Internetseite von ForseA ([www.forsea.de](http://www.forsea.de)) nachgelesen werden. Der Bundesbehindertenbeauftragte und die Landesbehindertenbeauftragten haben eine Initiative auf den Weg gebracht für eine einkommensunabhängige Gewährung der Hilfe. Jemand, der auf dauerhafte Assistenz angewiesen ist, hat bisher keine Chance eine Familie zu gründen, da die Ehepartnerin oder der Ehepartner im Rahmen der Eingliederungshilfe immer mit einbezogen wird und die Familie sich auf diesem Weg nichts aufbauen kann, was über der Vermögensgrenze der Sozialhilfe liegt. Es ist sogar nicht einmal möglich, von seinem zustehenden Einkommen Geld anzusparen. Diese Ungerechtigkeit müsste dringend geändert werden.

Der Vortrag von Dr. Mück machte nochmals deutlich: Nur in der Gemeinschaft zusammen wird man von der Politik gehört und hat bessere Chancen, seine Ziele zu verwirklichen. Dies ist ja auch erklärtes Ziel unseres Beirats.

## **Rheinschiffahrt**

Zu einer Fahrt des gebraucht gekauften Schiffes „Karlsruhe“ waren Mitglieder des Beirats im April eingeladen, als Dank für die Beratung bei der Renovierung des Schiffes. Herr Direktor Hildebrand begrüßte die Gäste vom Beirat und hatte während der Fahrt interessante Details vom Hafen und vom Umschlag der Güter berichtet. Aus der Sicht des Beirats war die barrierefreie Toilette in den Abmessungen sehr knapp aber noch nutzbar (es war nicht mehr Platz vorhanden). Einen Aufzug auf das Sonnendeck gab es nicht (wie ursprünglich bei dem neuen Schiff geplant). Der Landungssteg gestattete eine barrierefreie Zufahrt zum Schiff, wenngleich auch die Steigung, je nach Wasserstand des Rheins, sehr steil war.

## **Jahresbericht Hauptausschuss**

Erstmals ist der letzte Jahresbericht des Beirats nicht im Gemeinderat sondern im Hauptausschuss vorgestellt worden. Frau Ritzmann durfte ein Statement vor dem Ausschuss halten. Alle Fraktionsmitglieder in diesem Ausschuss bedankten sich für die gute Arbeit des Beirats für Menschen mit Behinderungen.

Für den Beirat ist dies kein befriedigender Zustand, denn im Gemeinderat war mehr Transparenz und Öffentlichkeit gegeben. Auch für die Presse war diese Art nicht optimal. Dahinter steht vom Oberbürgermeister die Absicht, den Gemeinderat von wiederkehrenden Berichten zu entlasten.

## **Initiative Inklusion**

Das Thema Inklusion aller Kinder von klein auf über Kindergarten, Schule und Beruf ist ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit des Behindertenbeirats. Zur Information über aktuelle Entwicklungen in Schule, beruflicher Bildung und im Arbeitsleben wurden deshalb der Leiter des Integrationsamtes Herr Ernst, Frau Eichkorn vom Regierungspräsidium und Herr Reuter von der Albschule zu einer Sitzung eingeladen.

Herr Ernst berichtete über das Programm „Initiative Inklusion“ des Bundesarbeitsministeriums, für welches bundesweit 100 Millionen Euro bereitgestellt wurden. Diese Gelder können in Baden-Württemberg für die Fortsetzung des eingeschlagenen Weges verwandt werden. Dabei soll ein neuer Ansatz mit Zielgruppenerweiterung verfolgt werden. Im Bereich der Förderung der beruflichen Orientierung soll es nun Projekte geben im Bereich Autismus, Epilepsie, Gehörlose und Sehbehinderte. Außerdem soll es Fördergelder für betriebliche Ausbildungsplätze geben und zur Beschäftigung älterer arbeitsloser behinderter Menschen. Finanzmittel erhalten auch die Kammern zur Schaffung von Beratungsangeboten der Mitgliedsunternehmen.

In Karlsruhe werden an der Schule am Weinweg, an der Körperbehindertenschule Langensteinbach und im Bereich Autismus Projekte entstehen. Ziel dabei ist es, jungen Menschen, die bisher durch die Raster gefallen sind, bessere berufliche Möglichkeiten zu eröffnen.

Frau Eichkorn und Herr Reuter stellten die beiden Modelle BVE (Berufsvorbereitende Einrichtung) und KoBV (Kooperative berufliche Vorbereitung und Bildung) ausführlich vor. Beides sind derzeit noch Schulversuche bzw. Modelle, die bis 2013 in die Fläche gehen sollen. In Karlsruhe läuft das BVE nun im 4. Jahr. Die Albschule ist federführende Schule aber es gibt eine enge Vernetzung mit den verschiedenen Sonderschulen. BVE ist ein regionales Angebot, an dem Schülerinnen und Schüler der Sonderschulen für Geistigbehinderte, Körperbehinderte aber auch für Lernbehinderte teilnehmen. In Karlsruhe wurde das Modell schnell umgesetzt, da es bereits die ersten Schülerinnen und Schüler aus den Integrativen Schulentwicklungsprojekten (ISEP) gab, die die Schule verlassen haben und eine weitergehende Perspektive benötigten.

Das BVE versteht sich als Ergänzung der Berufsschulstufe der Schule für geistig/körperlich Behinderte. Damit soll der Automatismus aus der Schule in die Werkstatt unterbrochen werden und die Ressourcen jedes Einzelnen besser genutzt werden. Neu ist, dass auch Förderschülerinnen und -schüler in ein solches Projekt einbezogen werden. Bisher handelt es sich noch um eine relativ kleine Gruppe von 14 Schülerinnen und Schülern. Die Jugendlichen lernen, nicht mehr im Klassenverband zu arbeiten und verlassen mit dem Wechsel des Standortes auch die angestammte Schule. Im BVE arbeiten Sonderschullehrkräfte und Berufsschullehrkräfte gemeinsam. Der Standort des BVE ist bisher an der GHS Grötzingen. Dort ist auch eine Außenklasse der Albschule. Dies ermöglicht auch einen Wechsel innerhalb des laufenden Schuljahres und bietet inhaltlich eine gute Verzahnung. Bestandteil des BVE ist ein hoher Anteil an Praktika, Erprobung, Orientierung und Kennenlernen von Arbeiten. Es gibt ein großes Netz an Betrieben, bei denen Praktika durchgeführt werden können und eine Verzahnung mit vielen Partnerinnen und Partnern. Der Unterricht ist weniger Theorie bezogen, sondern stark praxisorientiert. Jedes Jahr wird nach der individuellen Zusammensetzung geprüft, was an Lerninhalten die einzelnen Schülerinnen und Schüler benötigen.

Das BVE soll nun unter dem Gesichtspunkt der Inklusion weiterentwickelt werden. Der Standort Grötzingen war ein guter Einstieg, ist aber von der Örtlichkeit her aus verschiedenen Gründen nicht so gut geeignet. Es liegt am äußersten östlichen Ende des Einzugsgebietes, was für manche Schülerinnen und Schüler lange Fahrzeiten bedeutet. Und es passt eigentlich vom Alter der Jugendlichen nicht mehr an eine Grund- und Hauptschule, sondern muss an einer Berufsschule angedockt werden. Aktuell gehen die Planungen in die Richtung, das BVE an der Berufsschule in Durlach anzusiedeln. Ziel dabei ist, mit gemeinsamen Unterrichtseinheiten beispielsweise mit dem BVJ und dem BVE auch wirkliche Inklusion zu verwirklichen. Das BVE soll dann auch nicht nur Gast an einer Schule sein, sondern dazugehören.

Die Diskussionsrunde zeigte, dass es mit der Umsetzung der Projekte noch einige Schwierigkeiten gab, sei es, dass die Fahrzeuge fehlten, um zu den Schülerinnen und Schülern in inklusiven Klassen zu fahren, oder dass Lehrerwochenstunden nicht bewilligt wurden. Beklagt wurde außerdem, dass sich die Praktikumssuche im BVE schwierig gestalten und es auch noch diverse Schnittstellenprobleme gab.

Sehr begrüßt wurde, dass in Grötzingen die erste inklusive Gemeinschaftsschule entstehen soll.

### **Behindertenparkplätze**

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen setzte sich für folgende neu eingerichtete Behindertenparkplätze ein:

- Durlacher Allee 4/Ecke Ostendstraße
- Herrenstraße/Ecke Zirkel
- Kaiserstraße 190/Ecke Leopoldstraße
- Reichardtstraße 31/Aussichtsterrasse Turmberg (Durlach)

## **Teil 3      Arbeitsgruppen**

### **Arbeitsgruppe „ÖPNV“**

Die Arbeitsgruppe „ÖPNV“ beschäftigte sich in diesem Jahr insbesondere mit zwei Themen.

Zum Einen wurde das Gespräch mit den Verkehrsbetrieben Karlsruhe vorbereitet und intensiv die Ausstattung der neuen Bahnen diskutiert. Die Mitglieder der AG wiesen mehrmals darauf hin, dass bei der Bestellung von neuen S- und Niederflurfahrzeugen die Anliegen von geheingeschränkten und speziell auch sehbehinderten Menschen berücksichtigt werden müssen. Bei den neuen S-Bahnen fiel auf, dass die kontrastreiche Gestaltung der Haltestangen im Innenbereich der Fahrzeuge nicht wie gewünscht umgesetzt wurde. Schließlich konnte der Behindertenbeirat nur noch eine Kompromisslösung erzielen, bei der die Haltestangen mit einem 30 cm breiten kontrastreichen Ring versehen werden. Allerdings werden die neuen S-Bahnen im kommenden Frühjahr geliefert, sodass der Behindertenbeirat erst dann wissen wird, ob die Umsetzung für die Belange der sehbehinderten Menschen tatsächlich wie zuletzt mit den Verkehrsbetrieben besprochen durchgeführt wurde. Bei den neuen Niederflurfahrzeugen, die ab 2013 eingesetzt werden, sollen die Haltestangen komplett mit einer kontrastreichen Farbgebung gestaltet sein. Allerdings ist der Beirat für Menschen mit Behinderung sehr skeptisch, ob es seitens der VBK auch tatsächlich berücksichtigt wird. Zumal bei dem jährlichen Gespräch mit dem VBK sich die Begeisterung für dieses Anliegen sehr in Grenzen hielt.

Zum anderen wurde in Kooperation mit der Fraktion „Die Grünen“ ein Konzept über bessere Informationen über Baustellen in Karlsruhe für Menschen mit Behinderungen erarbeitet.

In einem Antrag forderte die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion deshalb ein besseres, auf die Bedürfnisse blinder, gehbehinderter und älterer ÖPNV-Nutzerinnen und -Nutzer zugeschnittenes Informationsangebot. Der Antrag wurde bei der Gemeinderatssitzung am 22. November 2011 beraten. Ob Telefonberatung, SMS-Infodienst oder Webseite – alle Möglichkeiten sollten genutzt werden, um Klarheit über „ständig sich ändernde Lagen und Größen der Baustellen zu schaffen“, heißt es in der Vorlage. Falls alles nicht fruchte, solle notfalls ein Begleitservice eingerichtet werden.

Die Anliegen des Antrages wurden von den Sprecherinnen und Sprechern von CDU, SPD, FDP, KAL und den Freien Wählern gut geheißten. Sie begrüßten die Zusage von KASIG, Karlsruher Verkehrsbetrieben und städtischen Ämtern, die Belange behinderter Menschen bei ihrer Informationspolitik gezielt zu berücksichtigen und gemeinsam mit der Sozial- und Jugendbehörde zu prüfen, ob bei Bedarf ehrenamtliche Helferinnen und Helfer als Lotsen durch das Baustellen-Chaos eingesetzt werden könnten.

Die Arbeitsgruppe „ÖPNV“ möchte an dieser Stelle auch nochmals darauf hinweisen, dass Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer beachten müssen, dass sie nur in eine Stadtbahn einsteigen, wenn ihnen genau bekannt ist, wo sie wieder barrierefrei aussteigen können. Dieses sollte man auch bei der Nutzung der Niederflurwagen beachten.

Die VBK haben im Stadtgebiet ca. 150 Haltestellen, davon sind leider nur 37 barrierefrei ausgebaut. Auskunft über barrierefreie Haltestellen bekommt man bei den VBK unter der Service-Nummer 0721 61075885. Es gibt auch die Möglichkeit, sich im Kundencenter am Marktplatz einen Liniennetzplan für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste kostenfrei abzuholen.

### **Arbeitsgruppe „Bildung, Arbeit, gesellschaftliche Teilhabe“**

Zwei Themenkomplexe durchzogen diesmal die vier Treffen der AG: Das war zum einen der „Dauerbrenner“ schulische Inklusion und zum anderen die Ausbildungs- bzw. Arbeitssituation behinderter Menschen in Karlsruhe.

#### Die schulische Inklusion:

Durch Rückmeldungen von Eltern mit behinderten Kindern konnten im Frühjahr 2011 zwei Tendenzen beobachtet werden: Einerseits die Bemühungen der Stadt Karlsruhe, vertreten durch den Sozialbürgermeister Herrn Dr. Lenz und die Behindertenkoordinatorin Frau Warth-Loos, die schulische Inklusion in Karlsruhe öffentlich positiv zu thematisieren. Wie zum Beispiel geschehen beim BNN-Forum Schule am 19. Januar 2011, an dem einige AG-Mitglieder teilnahmen. Andererseits das als uneindeutig empfundene Verhalten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staatlichen Schulamtes gegenüber betroffenen Eltern, die für ihr Kind eine inklusive Beschulung einforderten. Deshalb regte die AG in der Sitzung des Behindertenbeirates am 4. März 2011 an, eine Resolution zu formulieren. Die im April veröffentlichte Resolution enthielt die Forderung, Eltern von behinderten Kindern weiterhin die Wahlfreiheit zwischen Förderschule und inklusiver Beschulung einzuräumen. Zugleich wurden die verantwortlichen Institutionen nachdrücklich dazu aufgerufen, diejenigen Eltern, die für ihr Kind den inklusiven Bildungsweg wünschten, aktiv zu unterstützen. Hierbei sollte auch die Suche nach Schulen vorangetrieben werden, die zu einem inklusiven Unterricht bereit sind.

#### Die Ausbildungs- und Arbeitssituation behinderter Menschen

In den ersten beiden Treffen beschäftigten sich die AG-Mitglieder mit den Unterlagen, die von der Arbeitsagentur, dem Integrationsfachdienst und der Stadt Karlsruhe bereitgestellt worden waren. Dabei wurde der Eindruck bestätigt, welchen die Mitglieder durch ihre eigenen Erfahrungen bereits gewonnen hatten: Es ist für behinderte Menschen schwieriger geworden, einen Arbeitsplatz zu finden. Die Bereitschaft der Arbeitgeber zur Einstellung von Behinderten hat abgenommen. Obwohl die allgemeine Arbeitslosigkeit auch in Karlsruhe zurückgegangen ist, stieg die Arbeitslosigkeit bei den Schwerbehinderten.

Im Bereich Ausbildung behinderter junger Menschen ist es nach wie vor schwierig, neue Wege zu beschreiten mit dem Ziel, einen Ausbildungsplatz zu gestalten, der den Neigungen der jeweiligen Person entspricht. Zwar wurde die Ausbildungssituation durch die Instrumente der BVE (Berufsvorbereitende Einrichtung) und KoBV (kooperative berufliche Vorbereitung) verbessert, doch hängt es leider oft immer noch am Engagement der Eltern, ob ein adäquater Ausbildungsplatz für ihr Kind gefunden wird.

Durch das vom Bundesministerium für Arbeit aufgelegte Programm „Initiative Inklusion“ ergab sich in der Sitzung des Behindertenbeirats am 25. November 2011 die Gelegenheit, über die Ausbildungssituation behinderter junger Menschen in Karlsruhe zu diskutieren. Der Leiter des Integrationsamtes Herr Ernst, die für Sonderschulen zuständige Referentin des Regierungspräsidiums Frau Eichkorn und der Konrektor der Albschule bzw. BVE-Koordinator Herr Reuter stellten ihr Konzept vor, wie durch die Mittel aus der „Initiative Inklusion“ das Instrumentarium der BVE und der KoBV in die Region ausgeweitet werden soll. Dabei soll es zur Förderung der beruflichen Orientierung Projekte im Bereich Autismus, Epilepsie, Gehörlose und Sehbehinderte geben. Die BVE soll unter dem Gesichtspunkt der Inklusion in die Berufsschule Durlach eingegliedert werden. In der Diskussionsrunde – die AG-Mitglieder hatten im Vorhinein einen Fragenkatalog erarbeitet – wurde darauf hingewiesen, dass im BVE die Suche eines Praktikums- bzw. Ausbildungsplatzes schwierig sei und auch das Job-Coaching verbessert werden müsse. Deutlich wurde auch, dass junge Menschen mit intensiverem Unterstützungsbedarf aus BVE und KoBV herausfallen und doch wieder in den Werkstätten landen. Die Übertragung eines unvollkommenen Modells in die Region wurde daher mit Skepsis betrachtet.

Am Jahresende nahmen Vertreterinnen und Vertreter der AG gemeinsam mit Frau Becker vom Beiratsvorstand an einer Veranstaltung der Arbeitsagentur Karlsruhe teil. Die Zusammenkunft sollte der Kommunikation und dem Austausch mit den Kooperationspartnerinnen und -partnern der Agentur im Bereich Arbeitsvermittlung und Weiterbildung behinderter Menschen dienen. In seiner Begrüßung wies der Agentur-Leiter Herr Zenkner auf das „stille Potential“ schwerbehinderter Arbeitssuchender hin. Angesichts der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels wolle die Arbeitsagentur zunehmend bei den Arbeitgebenden um die Einstellung behinderter Menschen werben. Man sehe durch den Inklusionsauftrag der UN-Behindertenkonvention gute Möglichkeiten hierzu. In den Gesprächen mit einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurde jedoch deutlich, dass man noch kein wirkliches Konzept zur Umsetzung der anvisierten Bestrebungen hat.

Es liegt in der Natur der Dinge, dass beide Themenkomplexe auch im Jahr 2012 auf der Tagesordnung der AG Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe stehen werden. Eine Aufgabe wird sein, mit der Arbeitsagentur Karlsruhe und anderen Institutionen über die konkreten Möglichkeiten zur Förderung der Erwerbstätigkeit von behinderten Menschen zu sprechen. Die Umsetzung der Projekte zur „Initiative Inklusion“ muss dabei im Auge behalten werden.

### **Arbeitsgruppe „Gesundheitswesen“**

Die Gespräche zum Thema Barrierefreiheit, welche im letzten Jahr mit dem Städtischen Klinikum begonnen wurden, konnten leider im Jahr 2011 nicht weiter fortgeführt werden. Jedoch hat das Klinikum einige Anregungen aus den Treffen des Jahres zuvor bereits umsetzen können. Es gab hierzu einige Telefonate mit der Bauabteilung des Klinikums, die sehr konstruktiv waren. Mit der neuen Schwerbehindertenvertreterin des Klinikums gestaltet sich der Kontakt noch sehr zögerlich.

Parallel hierzu gab es eine Arbeitsgruppe, die sich mit dem Thema Aufnahme, Betreuung und Pflege während des Klinikaufenthaltes sowie Entlassung von Menschen mit geistiger und schwerstmehrfacher Behinderung beschäftigt. Ziel ist eine reibungslose stationäre Behandlung von schwerst- und mehrfach behinderten Patientinnen und Patienten im Städtischen Klinikum Karlsruhe. Hierzu gab es einige Treffen mit der Pflegedienstleitung des Klinikums, die durchweg als sehr konstruktiv zu bezeichnen sind. So wurde z. B. der Pflegeüberleitungsbogen um die besonderen Belange von Menschen mit Behinderungen ergänzt.

## **Teil 4      Einschätzungen der Erfolge und Hemmnisse Zusammenfassender Ausblick**

Auch im 3. Jahr unserer zweiten Amtszeit wurde unsere Arbeit von der Öffentlichkeit und von der Stadtpolitik zunehmend anerkannt.

Einen Höhepunkt der Anerkennung sehen wir in dem Besuch des Herrn Oberbürgermeisters Fenrich bei der Sitzung des Behindertenbeirats im Juli 2011.

Wir führten wieder Gespräche mit den Gemeinderatsfraktionen und dem Sozialbürgermeister Dr. Lenz.

Wir begrüßen es sehr, dass unsere Vorschläge für barrierefreie Maßnahmen im Rahmen des Doppelhaushalts 2011/2012 mit Ausnahme des Begegnungszentrums Wolfartsweier bereits im Jahr 2011 umgesetzt wurden.

Wir begrüßen den Einbau des Behindertenfahrstuhls im Rathaus Neureut. Dasselbe gilt für den Einbau eines Fahrstuhls und des Behinderten-WCs im Gebäude der Sozial- und Jugendbehörde in der Kochstraße.

Mit der Einrichtung des Leit- und Orientierungssystems im Rathaus-West ist dieses Gebäude völlig barrierefrei. Dies ist das herausragende Ergebnis unserer Initiativen im Jahr 2011.

Außerdem freuen wir uns darüber, dass das Thema Inklusion in der Schule durch Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Grötzingen voranschreitet.

Für das Jahr 2012 streben wir u. a. an:

- Einen barrierefreieren Hauptbahnhof Karlsruhe, durch die geplanten Fahrstühle, barrierefreien Eingang an der Nordseite und den barrierefreien Umbau des Reisezentrums.
- Weitere barrierefreie Maßnahmen am Klinikum.
- Weitere barrierefreie Maßnahmen bei den Verkehrsbetrieben.
- Fortschritte im Bereich der Inklusion.
- Mehr barrierefrei zugängliche Ladengeschäfte.
- Mehr barrierefreie Wahllokale.
- Aufnahme der Vorschläge des Behindertenbeirats in den Doppelhaushalt 2013/2014, dessen Vorberatungen im Herbst 2012 anstehen.

## Teil 5      Anlagen

### ■ **Pressespiegel 2011**

Die Veröffentlichung der Presseauszüge erfolgt mit Zustimmung der Redaktionen

#### Badische Neueste Nachrichten

für die Artikel

- „Behindertenbeirat für schulische Inklusion“
- „Inklusion ohne Barrieren“
- „Giraffenhaustür sperrt Rollstuhlfahrer aus“
- „Der richtige Weg wird gesehen oder erfüllt“
- „Es ist noch ein langer Weg“

#### StadtZeitung

für die Artikel

- „Gemeinsam für mehr Teilhabe“
- „Taktiler Leitsystem“
- „Rechte Behinderter stärker einfordern“
- „Lotsen durch das Chaos“

#### Neureuter Nachrichten

für den Artikel

- „Weitere Barrieren im Neureuter Rathaus abgebaut“

#### ka-news.de

für den Artikel

- „Behindertenbeirat will behinderte Schüler in allgemeinen Schulen integrieren“

### ■ **Aktualisierte Mitgliederliste**